

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 7-8

Artikel: Auf der Suche nach einer linken Opposition
Autor: Jaeggi, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337818>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PROF. URS JAEGGI

Auf der Suche nach einer linken Opposition

Eine Analyse des oppositionslosen Mehrparteiensystems

Prof. Urs Jaeggi wirkt als Professor für Soziologie an der Universität Bern. In verdankenswerter Weise gestattete er uns den Abdruck eines Referats, das er kürzlich in Zürich gehalten hat.

Prof. Jaeggi ist (noch) nicht Mitglied der SP. Dieser Abstand erleichtert ihm zweifellos die zum Teil scharfe Formulierung seiner kritischen Äußerungen. Schon längst wünschten wir uns einen solch provozierenden Artikel aus der Feder eines außerhalb der Partei stehenden Verfassers. Nun ist er da.

Solch kritische Stimmen können unserer Schrift nur willkommen sein. Im Ergebnis wirken sie jedenfalls positiv, regen sie doch zur notwendigen Selbtkritik und Selbstbesinnung an.

Selbtkritik und Selbstbesinnung aber tragen entscheidend dazu bei, daß die sozialdemokratische Politik vor hohlem Dogmatismus und flachem Pragmatismus bewahrt wird.

RL.

Heute befinden wir uns auf der Suche nach einer linken Opposition. Jeder-mann spricht von der Krise der Parteien. Doch was sind die Parteien? Edmund Burke gab eine klassische Definition: «Eine Partei ist eine Körperschaft von Menschen, die sich zusammengeschlossen haben, um das Interesse der Nation zu fördern durch ihre gemeinsamen Bemühungen nach einem Grundsatz, in dem sie übereinstimmen.» Die Partei wird hier also vom Programm her, welches sie hat, definiert. Ähnlich sagt heute der deutsche Professor von der Gablenz: Der politische Wille des souveränen Volkes muß geformt werden in berechenbaren, also relativ dauerhaften Einrichtungen. Verantwortliche Entscheidungen des Staatsbürgers – und in solchen äußert sich Demokratie – sind nur möglich, wenn dieser wählen kann und muß. Wer sich der Qual der Wahl entziehen will, ist Untertan und nicht Staatsbürger. Die politischen Parteien sind also Instrumente der Gliederungen des Volkes, nicht notwendiges Übel; sie sind Aufrufe zur Selbständigkeit. Es liegt, nach dieser Auffassung, im Alternativcharakter der Parteien begründet, daß man diese nur im Verhältnis zu ihren Gegnern verstehen kann; die Gegensätze sind notwendig und müssen ausgetragen werden.

Nun: die bisher genannten Bestimmungen sind eher normative Bedingungen denn Abbildungen der heutigen sozialen Wirklichkeit; und in diesem Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis liegt die vielzitierte Krise.

Diese zeigt sich daran, daß in den Parteien ein Mitgliederschwund stattfindet und daß besonders die junge Generation schwer zur politischen Aktivität innerhalb politischer Gruppierungen zu bringen ist.

Die Programme verschwinden oder sie gleichen einander so sehr, daß keine Alternativlösungen mehr geboten werden.

Die Parteien entwickeln an der Spitze Oligarchien, kleine Führungs-gremien, die sich selbstherrlich erneuern und sich nach unten abschließen. Ob dabei diese Gremien vorwiegend durch Partefunktionäre als Bürokraten oder, wie dies heute häufiger und wirkungsvoller ist, durch Experten, die bestimmte verlangte Sachgebiete beherrschen, gebildet werden, ist oft bedeutungslos.

Die oligarchische Entartung des Parteiensystems zeigt sich nicht nur im Innern der Parteien. Immer häufiger und immer profillerter treten die Parteien direkt an die Öffentlichkeit. Wendige Manager machen aus der Partei einen Verkaufskonzern. Sie sind dabei immer weniger auf die aktive Mitarbeit größerer Parteimitgliedergruppen angewiesen. Die Negierung der Programme, also der Alternativen, welche eine wissenschaftliche Scheinuntermauerung durch die sogenannte nivellierte Massengesellschaft erhält, verwandelt die Wahlkämpfe in eine Konkurrenz von Werbetechnikern, die alle modernen Informationsmittel einsetzen. Der Wahlkampf wird auf einen Wettstreit von inhaltsleeren «Warenzeichen» reduziert.

Auf welche Parteien und auf welche Länder trifft diese Situation zu? Dank der föderalistischen Struktur ist in der Schweiz diese Tendenz schwächer als in gewissen Nachbarstaaten; allerdings wird auch bei uns die Programmlosigkeit zum Programm erhoben. Das heißt: auch unsere großen Parteien suchen nach Möglichkeit mit keiner großen Wählerschicht in offenen Konflikt zu kommen. Auf Grund der programmatischen Erklärungen fällt es heute einem Durchschnittswähler deshalb schwer, beispielsweise zwischen sozialistischen und liberalen Alternativen zu wählen. Er kann dies meist nur noch auf Grund traditioneller Erwägungen tun: weil er dieses oder jenes historische Parteileitbild bevorzugt.

Ist das zu begrüßen? Zeigt sich darin der Fortschritt der Demokratie?

Nach Ulrich Lohmar, dem jungen deutschen Politologen und SPD-Bundestagsabgeordneten, haben die Parteien nicht die Aufgabe, exakte Aussagen zu den wichtigsten Problemen der Gesellschaftsstruktur und zu den Grundfragen der praktischen Politik zu machen. Lohmar lobt denn auch am Godesberger Programm der SPD, daß es auf eine Zeitanalyse als Grundlage und auf «Aussagen zu vielen Fragen der praktischen Politik» verzichtet. Diese Haltung ist zumindest ehrlich und konsequent, wenn auch fragwürdig.

Die Einebnung der Gegensätze, die künstliche Erhebung der Gemeinsamkeit zum Prinzip, nimmt sowohl den Parteimitgliedern als auch den Wählern die Entscheidungsmöglichkeit und damit die Chance echter Beteiligung. Es läßt sich dabei allerdings nicht übersehen: die Integration der Individuen in der Gesellschaft mittels Abschließung gegen alle Alternativen ist nicht durch offenen Druck und schon gar nicht durch Terror erreicht worden; dieser Prozeß verlief «demokratisch». «Urheber» sind die Prosperität und der demokratische Staat. Herbert Marcuse hat einmal gesagt: «Die Demokratie baut jenes komfortable Gehäuse der Hörigkeit, das Max Weber als die letzte Station der Industriegesellschaft gesehen hat: die Knechte können ihre Herren frei wählen, und die Herren können die Knechte frei gewähren lassen, zumal die Knechte ohnehin nur das wählen wollen, was die Herrschaft aufrechterhält.» In einer Gesellschaft, welche die Gegensätze integriert und jeden radikalen Wechsel der Existenzform durch die Koalitionen der mächtigsten Interessengruppen ausschließt, bleiben darüber hinaus wichtige soziale Schichten außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung oder werden zumindest ernsthaft unterdrückt. Ich nenne für die Schweiz nur einige Beispiele: Die Alten, die Arbeiterklasse, die noch immer unter dem Bildungsmonopol zu leiden hat, dann die Fremdarbeiter. Ich brauche auch kaum auf die Frauenemanzipation hinzuweisen, die nicht darin bestehen kann, den Frauen die politische Gleichberechtigung zuzugestehen, sondern in unserer Gesellschaft zur Herauslösung aus der materiellen Abhängigkeit vom Mann führen muß. Ferner wird der Unsinn, die Gegensätze zwischen den Gruppen in der Industriegesellschaft zu negieren, dort überdeutlich, wo es sich um die Kultursphäre handelt; die Tatsache, daß eine kleine Gruppe Kunst produziert und eine kleine Gruppe Kunst konsumiert, während die Mehrzahl davon ausgeschlossen ist, zeigt deutlich, daß die Produktivitätssteigerung der Wirtschaft und damit verbunden die allgemeine Wohlstandssteigerung noch weit entfernt von einer menschlichen Gesellschaft ist, die humanitäre Ziele verfolgen will. Und als letztes Beispiel: Es zeigt sich deutlich, daß die großen Parteien durch ihr Stillschweigen und ihre «tolerante» Haltung nicht in der Lage sind, auf außenpolitischem Gebiet in die Geschicke einzugreifen, das heißt Aggressionen, welche vom demokratischen Lager begangen werden, wirksam zu denunzieren. Die Entwicklung ist deutlich.

Die heutige Situation macht die Hoffnung auf selbstbewußte politische Entscheidungen der wahlberechtigten Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, und die Hoffnung auf eine effektive Handhabung der parlamentarischen Institutionen durch das mündige Volk, problematisch. Sie stellt radikale Reformen, die notwendig wären, in Frage. – Wir haben uns deshalb zu fragen: Gibt es Möglichkeiten zur Änderung?

Zunächst dies: Die Tendenz zur parteistaatlichen Massendemokratie, also die Tatsache, daß wenige große Parteien die Regierung bilden oder Kopf an Kopf um die Macht konkurrieren, läßt sich ohne Einparteiendiktatur nicht rückgängig machen. Eine solche Einparteiendiktatur aber wäre für die fortschrittliche Demokratie ein sicherer Rückschritt. Die bisher benachteiligten Gruppen würden, wie die Erfahrung zeigt, an gesellschaftlicher Freiheit zwar unter Umständen gewinnen, an individueller Freiheit indes massiv verlieren. Dennoch sehe ich Alternativen. Ich nenne zuerst eine spektakuläre, mir allerdings fragwürdig scheinende Möglichkeit.

In Deutschland (und von dort her einwirkend auch auf die Schweiz), versucht die Linksopposition, sich Gehör zu verschaffen über Traktate und Aufrufe. Es wird mit dem Holzhammer sehr massiv protestiert. Der Idealismus der Beteiligten ist kaum anzuzweifeln, und die Methode hat den Vorteil, daß sie bei den einzelnen Sachfragen die Beteiligten jeweils neu sammeln kann. Die Opposition ist hier flexibel; sie legt sich programmatisch nur von Fall zu Fall fest. Sie hat indes das schwere Handicap, daß die Repräsentanten der oppositionellen Gruppe notwendigerweise Publizitätspersönlichkeiten sein müssen (also arrivierte Leute), wobei dann nicht immer klar wird, ob sie der Sache oder sich selbst einen Dienst erweisen wollen. In jedem Fall aber ist der Kreis, der mit solchen Methoden erreichbar ist, sehr klein; erreicht wird in fast allen Fällen eine Gruppe, die ohnehin die Meinung der Betreffenden bereits teilt. Als Beispiel wäre hier etwa die Vietnamerklärung der deutschen Intellektuellen und Künstler zu nennen. Jene Oppositionellen empfinden sich als sehr links stehend (und sind es teilweise auch): aber in Wirklichkeit handelt es sich bestfalls um Idealisten, die sich selbst überschätzen, jedenfalls, was die «direkte Aktion», die sie so gerne proklamieren, anbelangt.

Eine weitere Möglichkeit ist die, einer bestehenden radikalen Parteigruppe beizutreten, entweder um sich ihr bedingungslos anzuschließen, oder aber um diese von Innen her neu zu formieren. Es handelt sich hier zunächst um jene, die jedes nichtmarxistisch-leninistische Denken von vornherein ablehnen. Es werden hier in der Theorie und in der Praxis Impulse geweckt, die in ihrer Totalität und Radikalität vergleichbar sind mit Religionen. Gerade das hat uns skeptisch zu machen. Während religiöse Vorstellung immer etwas Abstraktes, nicht Konkretisierbares beinhaltet, hat eine politische Theorie nur dann Sinn, wenn sie «Praxis» wird. Und sie wurde Praxis, allerdings unter Preisgabe zunächst des Ziels. Lenin: «Man muß zu all und jedem Opfer bereit sein, und sogar – wenn es sein muß – zu allen möglichen Listen, Kniffen, illegalen Methoden, zur Verschwörung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein . . .» Oder Trotzki: «Ein Kampf auf Leben und Tod ist undenkbar ohne militärische List, das heißt ohne Lüge und Betrug.» – Ich will hier die Diskussion um diesen Punkt nicht im einzelnen aufnehmen. Die eine

Seite sagt: Selbst wenn in der Folge eine gewaltlose Gesellschaft möglich wird, so ist sie in den Augen derer, die heute von ihr vernichtet werden, das absolute Uebel. Die andere Seite verweist auf die historische Notwendigkeit zeitlich begrenzter Gewaltanwendung: «Die sozialistische Demokratie macht, wie auch andere Typen der Demokratie, nicht Halt vor der Anwendung des Zwanges. Insofern ist sie eben eine Form der staatlichen Macht, die Diktatur einer Klasse, gerichtet gegen eine andere Klasse...» (Schaff).

Ich halte das für gefährlich; für falsch. Adam Schaff, dem im Westen oft seine Funktionärhaltung angekreidet wird, sagt denn auch: «Die Gefahr besteht in der Verwechslung von Zweck und Mitteln, einfach, weil es leichter ist, durch Zwang zu regieren.» Und ich darf mich auf einen noch Prominenteren beziehen. Lenin schrieb an einer Stelle (im Hinblick auf Deutschland): «Es wird immer geprahlt mit der unantastbaren Freiheit der Diskussion, aber zu bemerken ist davon nicht viel. Ihr wißt gar nicht, wie eigentümlich solche Neigung zu Gewaltmaßregeln hier im Ausland einen anmutet, wo man gewohnt ist, die älteren Parteichefs innerhalb der eigenen Partei gehörig zur Rechenschaft gezogen zu sehen.» Betrifft das erste Zitat das Verhältnis der Partei zum Staat, so bezieht sich das zweite auf die Freiheit innerhalb der Partei. Wie weit in entwickelten kapitalistischen und kommunistischen Ländern dabei heute Aehnlichkeit besteht in bezug auf eine Grundproblematik, ist daran zu erkennen, daß in beiden Gesellschaftsformen – offen oder verdeckt – die Frage der Entfremdung zu einer zentralen Kategorie wird. Adam Schaff, der den heute von bürgerlichen Philosophen mißbrauchten Begriff eigentlich lieber vermieden sehen möchte, schreibt dennoch: «In allen uns bisher bekannten Formen der sozialistischen Gesellschaft treten verschiedene Formen der Entfremdung auf..., weil nach wie vor der Staat als Apparat der Gewalt besteht.» Es bilde sich eine Elite der Macht heraus, die auf natürliche Weise eine privilegierte Stellung genießt. Die Schlußfolgerung ist einfach zu ziehen: Die materielle Gewalt dauert fort.

Darin liegt das Dilemma der marxistischen orthodoxen Gruppen. Die Gesten, die Sprache, die Formeln einer verstrichenen Epoche scheinen den Begeisterten noch lebendig, während sie es in Wirklichkeit nicht mehr sind. Im Moment, wo der Marxismus aufgehört hat, bloße Kritik zu sein, hat er den Unterdrückungsapparat übernommen, der vorher kritisiert wurde. Henri Lefèvre sagt es deutlich: «Das moralische Kriterium der Treue, des Vertrauens, der bedingungslosen Ergebenheit wurde vorherrschend.» Das marxistische Denken verlor seine Tiefendimension: sich dem Bestehenden nicht zu unterwerfen – die unerbittliche und kompromißlose Kritik. Es vernachlässigte und unterdrückte die Kritik am Staat, an der Geschichte, an den vollendeten Tatsachen. (So hat sich auch der XX. Parteitag so furios vom Stalinkult getrennt, um sich die Trennung vom Stalinismus zu ersparen.)

Ich halte deshalb Havemanns Forderung, die Kommunisten müßten sich von dem Odium einer radikalistischen Umsturzpartei, deren Ziel die Errichtung einer totalitären Diktatur ist, trennen, für zwingend: «Sozialismus mit weniger demokratischen Rechten und Freiheiten, als sie bereits der bürgerliche Staat verwirklicht hat, ist ein Zerrbild.» Weil die Einlösung dieser Forderung noch auf lange Zeit hinaus problematisch scheint, glaube ich, direkt auf die deutsche Schweiz bezogen, nicht an eine wirksame Opposition aus dem Lager der traditionellen marxistischen Gruppierungen. Es müßte zunächst die Bildung oppositioneller Fraktionen in der Partei und damit die öffentliche Kritik an der Politik der Partei durch die Mitglieder möglich werden. Es müßte die Parteidisziplin in Meinungs- und Ueberzeugungsfragen aufgehoben werden, durch die der einzelne gezwungen werden kann, in der Oeffentlichkeit Meinungen zu rechtfertigen und zu vertreten, die er selbst für falsch hält.

Ich bin davon überzeugt, daß der gangbarste Weg jener wäre, die Rolle der Opposition im Rahmen der größten schweizerischen Linkspartei neu zu durchdenken. Nur hier wäre eine sinnlose Zersplitterung und damit Unwirksamkeit nicht von vornherein gegeben. Ich sehe darin freilich keine Zauberformel; die Schwierigkeiten sind nur zu deutlich sofort sichtbar. Die Sozialdemokratische Partei hat seit längerer Zeit sorgfältig jedes Risiko ausgeschaltet und sich so in den Apparat und in die bestehende Gesellschaft integriert, daß sie ihre Rolle als Fortschrittspartei erst wieder finden muß. Ihr demokratischer Leumund ist gut, ich würde sagen zu gut, weil er mit Prinzipienlosigkeit erkauft worden ist. Es gibt einen Weg der kleinen Schritte, der sich als Holzweg erweist, wenn das Ziel verlorengeht. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß heute religiöse Gruppen und religiöse Institutionen ernsthafter grundsätzliche Fragen unserer Gesellschaft diskutieren, als die Sozialdemokratische Partei, die einst utopisch-revolutionär und realistisch war. Mein Plädoyer für diese Partei geschieht deshalb nicht ohne Unbehagen. Als notwendig würde ich unter anderem erachten:

Auch auf die Gefahr hin, Stimmen zu verlieren, müßte die SP ehrlicher als heute radikalere Meinungen teils direkt unterstützen, teils tolerieren. Sie müßte ein Programm entwickeln, das Alternativen formuliert.

Die Rolle der Intelligenz wäre bei einer solchen Neuformierung entscheidend. Daß die SP heute kaum mehr auf solche Kräfte zurückgreifen kann, daß diese sich, wenn überhaupt, viel lieber in freien «unverbindlicheren» Gruppen finden, zeigt deutlich das Versäumte.

Es müßten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei wie auch innerhalb der Partisektionen der Minorität offene und ausgiebige Diskussionen stattfinden und öffentliche Plattformen geschaffen werden.

Es hieße wohl sich der Fatalität ausliefern, würde man von vornherein eine solche Initiative für unmöglich halten. Ein solcher Skeptizismus würde nur

bestätigen, was heute an Skepsis ohnehin übergenug vorhanden ist. Die menschliche Gesellschaft ist ein offenes und unvollendetes System, und bei den heutigen Bedingungen muß jedes Land eine eigene Lösung finden. Marx sagte: «Wir treten . . . nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! . . . Die Reform des Bewußtseins besteht nur darin, daß man die Welt ihr Bewußtsein innewerden läßt, daß man sie aus dem Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eigenen Aktionen ihr erklärt . . .» Ob die Menschheit zu sich selbst kommt, ob sie die Unterdrückung überwindet und die Entfremdung aufhebt oder doch radikal einschränkt, liegt zwar beim einzelnen; aber der einzelne erreicht seine Absichten nur dann, wenn seine revolutionären Ziele, die berechtigt sind, eine Mehrheit finden.

ROLF REVENTLOW

Dreißig Jahre danach

Ein angesehener deutscher Historiker, Golo Mann, machte kürzlich eine Reise nach Spanien. Er hat dort viel gesehen, nicht etwa nur Baudenkmäler und schöne oder auch desolate – Landschaften. Er traf Menschen in den Vorzimmern von Ministerien, die sich frank und frei unterhielten, sah «viele wohlgeklärte, wohlgenährte und wohlgelaunte» Menschen auf den Madrider Straßen oder Kaffeehäusern und stellte fest, die Parkplatznot sei fast so groß wie in deutschen Großstädten. Daraus zog der deutsche Professor allerlei politische Schlußfolgerungen, deren Zusammenfassung in dem Titel des Berichtes wiedergegeben wurde, den das angesehene deutsche Wochenblatt «Die Zeit» veröffentlichte. Es hieß da: Auch in Franco-Spanien wächst die Freiheit. Natürlich gab es eine Reihe protestierender Zeitschriften und auch eine Erwiderung des in Frankreich lebenden spanischen Schriftstellers Michel del Castillo.

Wie immer bei Besuchen fremder Länder, deren Sitten, Sprache, Gebräuche und politische Verfassung man nur dem äußeren Anschein nach zu beurteilen in der Lage ist, sind die Beobachtungen und mehr noch die Schlußfolgerungen des Historikers Mann recht problematisch. Abgesehen davon, daß es neben der Parkplatznot in der Hauptstadt nur wenige Kilometer vor ihren Toren Tausende von Elendssiedlungen zugewanderter Arbeiter und ihrer Familien gibt, daß man in Águilas, in der Provinz Jaén, Andalusien, und selbst in der Provinz Alicante, gar nicht so weit von den günstigen Kapitalanlagen für Wohlstandsdeutsche und andere Ausländer, noch eine nicht geringe Zahl von Menschen gibt, die seit Generationen in Höhlen, statt in Häusern leben, ist Spanien ein politisches Problem. Es kann und muß, will man richtig sehen und beurteilen, in erster Linie politisch gesehen werden. Mit der